

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Seiten
für ein Jahr monatlich 4.50 Mark;
bei der Post bestellbar vierteljährlich
1.20 Mark, monatlich 4.50 Mark.
Erhalten werthvoll.

Belegpreis: Durch unsere Seiten
für ein Jahr monatlich 4.50 Mark;
bei der Post bestellbar vierteljährlich
1.20 Mark, monatlich 4.50 Mark.
Erhalten werthvoll.

Verantwortl. Redakteur: Dr. A. A.
Telegraphen: Tageblatt Erzgebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908.

Nr. 304

Sonnabend, den 31.

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der Eisenbahnerstreik im Westen droht auf das Reich überzugreifen; Berlin ist von ihm bereits ergriffen worden.

Dem Matin zufolge soll Dr. Rathenau die Absicht haben, der französischen Regierung ein neues Abkommen über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu unterbreiten.

Die Waisenkinderkonferenz soll nicht mehr auf Fortsetzung der Deutschen Werke bestehen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist dem im Vertrage von Versailles geregelten Schuldenausgleichsverfahren nicht beigetreten. Deutsche Verbindlichkeiten gegenüber Angehörigen dieses Landes können somit unmittelbar geregelt werden.

In der Sitzung des Danziger Volkstages wurde nach längerer Debatte die Ratifizierung des Danzig-Polnischen Wirtschaftsabkommens in zweiter Lesung mit 62 gegen 22 Stimmen angenommen.

Zur Politik des Jahres 1921.

Von Holger Knicker a. D. Roth, M. d. R.

I. Die äußere Politik.

Es ist mehr als ein Jahr her, daß der deutsch-nationale Abgeordnete Herzog über das Kabinett Brüning mit einem Seitenblick auf seine deutsch-völkisch-nationalen Nachbarn in diesem Kabinett erklärt hat, der Weg, den die Regierung geht, sei kein Ruhmesweg, sondern ein Leidensweg gewesen. Diese Bemerkung war wohl nicht ganz freundlich gemeint. Und dennoch ist es heute für jede deutsche Regierung die höchste Anerkennung, die man ihr zollen kann. Einen Ruhmesweg vermag gegenwärtig noch niemand das deutsche Volk zu führen. Es muß vielmehr entschlossen seinen Leidensweg gehen, und der Führer muß froh sein, wenn er den Abgrund vermeidet und in der Ferne Anzeichen für die Hoffnung sieht, daß der Weg allmählich wieder bergan geht. Dieser Leidensweg ist ein mühsamer, gemundener und oft schwer verständlicher Weg. Wer aber als Führer des Volkes einen besseren und leichteren Weg anbietet, der schießt es entweder rechts in den Abgrund einer Katastrophenpolitik oder links in den Sumpf des Volksweltismus.

Keine Katastrophendpolitik! Ganz besonders nicht nach außen! Gewiß, es gibt keinen guten Deutschen, dem das Herz nicht glüht bei dem Gedanken, wie viele deutsche Volksgenossen der brutale Gewaltakt des Versailler Friedens, nur noch abertausend durch das schändliche Unrecht des Genfer Schiedsgerichtes über Oberösterreich, wider ihren Willen vom Vaterlande losgerissen oder feindlicher Befragung preisgegeben sei. Gewiß ist jeder bis in die tiefste Seele entrüstet über den erbitterten Krieg, den die feindlichen Mächte unter dem dummen Vorwand der Bekämpfung des Militarismus immer noch gegen die deutsche Wirtschaft führen, die sie ihrer Flotte und ihrer besten Rohstoffe und Ernährungsgebiete beraubt haben, und die sie jetzt durch Vernichtung der Deutschen Werke und durch Gefrorenheit der heimischen Industrie vollends vernichten möchten. Gewiß wird sich jeder, der sich die ungeheure Schwere der uns durch das Ultimatum auferlegten Lasten klar macht, von der Unerträglichkeit dieser Lasten überzeugt halten. Gewiß wird jeder Augenblicke der Verzweiflung haben, wo er ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorzieht. Solche Bestimmung mag bei jedem, der sein eigenes Schicksal schmeidet, ehrenvoll erscheinen: ein Staatsmann, der für sein Volk verantwortlich ist, darf keine andere Ehre kennen, als die, sein Volk so lange wie möglich am Leben zu erhalten. Der Staatsmann hat die Pflicht eines Arztes, der einen Kranken, dessen Rettung kaum noch möglich erscheint, behandelt und der, anstatt ihn kurzerhand zu töten, alles an seine Rettung setzt. Niemanden gibt es, der ein Mittel anzugeben möchte, wie das heutige Deutschland in der Lage wäre, sich den Nachsprüchen seiner Gegner zu entziehen. Wenn es aber so liegt, so soll man die Regierenden nicht schelten, wenn sie die Bedingungen auf sich und ihr Volk nehmen, um Verpeas abzuwehren. Wie scheint, hier gilt das arabische Wort, das der bisherige Außenminister Rosen in seiner neuesten Uebersetzung so hübsch wiedergegeben hat:

Zum Kaiser sprach die Wand in ihrem Zimmer:

Was richtest du mich?

Er sprach: Frag du den Hammer!

Frankreich, am Ende eines blutigen und verheerenden

den Krieges, in seinen maßgebenden Kreisen chauvinistisch und militaristisch gestimmt als je, wartet auf den Augenblick, um uns den Todesstoß zu versetzen. Die Einsicht in den friedliebenden und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs von der Solidarität der europäischen Völker ist demgegenüber noch zu schwach. Mag sie bei anderen Völkern im Wachsen sein: nirgends wäre sie während des letzten Jahres so stark und leidenschaftlich genug gewesen, um dem entschlossenen Willen Frankreichs Widerstand zu leisten. Wer unter diesen Umständen von deutscher Seite eine Katastrophe herbeiführt, arbeitet Frankreich in die Hände und spielt ein verderbliches Spiel mit dem Schicksal seines Volkes. Aber es ist auch gar nicht so, daß man annehmen möchte, die Vernichtung Deutschlands sei auf jeden Fall unabwendbar. Garantieren wird zwar niemand die Rettung können. Wer sich indessen die Mühe macht, die Stimmen aus dem Auslande sorgfältig zu verfolgen, der wird nicht bestreiten können, daß der Umschwung der Anschauungen im Auslande seit Annahme des Ultimatums starke Fortschritte gemacht hat. Das gilt übrigens bis zu einem gewissen Grade sogar für einige Unterströmungen in Frankreich. Wer hätte gedacht, daß Frankreich auf dem Washingtoner Kongress so isoliert dastehen würde, als es der Fall gewesen ist? Frankreich ist auf dem besten Wege dazu, sich aus dem ensten Gate in der Welt zum entsetzlichen Zurückziehen, wenn es nicht Barmherzigkeit antrifft. So sind gewisse Seiten der Hoffnung vorhanden. Es fragt sich nur, ob die Barmherzigkeit eintrifft, ehe Deutschland an Entkräftung zugrunde gegangen ist. Möglich, daß bei diesem Wettrennen die Barmherzigkeit siegt. Wenn das der Fall ist, so bedeutet es den Erfolg der misshandelten unpopulären Politik, die wir seit Jahren nicht schelten, weil sie für unser Volk auch das Beste verführt haben.

Aber auch im günstigeren Falle muß man vor Uebersehenspflichtigkeiten warnen. Es gibt Leute, die sich den Umschwung in der öffentlichen Meinung der anderen Länder so wirksam vorstellen, daß sie erwarten, eines Morgens am Frühstückstisch in ihrer Zeitung die Nachrichten zu finden, daß der Versailler Frieden aufgehoben sei. O nein! Um einen Umschwung wird es sich überhaupt nicht handeln, sondern um eine ganz allmähliche Umstellung. Diese Umstellung wird auch nie so weit gehen, daß unsere Gegner auch nur wirtschaftlich die Wiederherstellung der alten Mitte Deutschlands wünschen. Vielmehr werden an einer gewissen wirtschaftlichen Unterordnung Deutschlands Länder wie England noch auf lange Jahre hinaus ein starkes Interesse haben. Wenn sich also gewisse Anzeichen der Weltänderung im Auslande bemerkbar machen, so ist das nicht das Ende, sondern der Anfang des eigentlichen Kampfes um die Rektion des Versailler Friedens. Wir werden dieses Refusgewand nicht auf einmal vom Leibe streifen können, sondern nur ganz allmählich und Stück für Stück wird es von uns abfallen. Es kommt deshalb alles darauf an, daß wir für diese große vor uns liegende Aufgabe — in jähren Verhandlungen widerstrebende Gegner immer und immer wieder von der Notwendigkeit unserer Forderung für Europa und die Weltwirtschaft zu überzeugen — wirtschaftlich, diplomatisch und völkisch hinreichend gerüstet sind. Das ist der Gedanke, weswegen wir den unzulässigen Parteihader begraben, Ausgleich und Verständigung erstreben und zu einer breiten, arbeitfähigen und stetigen Front im Inlande kommen müssen. Die auswärtige Lage erfordert Staatsgesinnung und Verschämlichkeit.

Uebergreifen des Eisenbahnerstreiks auf das Reich.

Beginn des Streikes in Berlin.

Nachdem die Funktionäre der Berliner Eisenbahner am Donnerstag die Uebertragung der Streikbewegung im Westen auf Berlin als unerlässlich bezeichnet haben, hat die Sektion Berlin Freitag vormittag 10 Uhr den Streik sämtlicher Eisenbahner Groß-Berlins proklamiert. Um 11 Uhr verlassen bereits die Hilfsarbeiter und Angestellten die Betriebe, um 12 Uhr folgte dann eine große Anzahl Werkstättenarbeiter und Bahnhofsangestellte. Bis zum Abend konnte der Ruoverkehr noch aufrecht erhalten werden, weil das Zugpersonal noch nicht verknüpfelt war. Die Organisation nimmt an, daß bis gestern Abend 8 Uhr der gesamte Eisenbahnverkehr Groß-Berlins stillgelegt würde. Man hofft, auch das Fahrpersonal und die Lokomotivführer zur Einstellung des Dienstes zu veranlassen. Die Gewerkschaften berieten am Nachmittag darüber, ob und in welchem Umfange ein entsprechender Güterverkehr für die Zukunft von Schenkensleben aufrechterhalten werden soll.

Die Gewerkschaft gegen den Eisenbahnerverband.

Im Reichsverkehrsministerium fanden gestern nachmittag Verhandlungen der Regierung mit den nicht im Streik befindlichen tarifstreuen Organisationen der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und dem Reichsverbande statt. Die beiden Verbände haben folgende ultimative Forderungen an das Reichsverkehrsministerium gerichtet:

1. Die Regierung hat festzusetzen.

2. Die Regierung hat eine Proklamation zu erlassen, in der bei Strafe sofortiger Entlassung die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen werden.

3. Die Regierung hat die eingeleiteten Verhandlungen mit den tarifstreuen Organisationen beschleunigt zu Ende zu führen.

Weiter wird mitgeteilt, daß die tarifstreuen Gewerkschaften auf folgendem Standpunkt stehen: In einem Nachgeben der Regierung gegenüber dem tarifbrüchigen Deutschen Eisenbahnerverband würden die tarifstreuen Gewerkschaften eine Schädigung des Gewerkschaftsgebändens erleiden. Die Regierung würde sich dadurch auch des letzten Restes von Autorität berauben und die tarifstreuen Gewerkschaften haben ein Interesse an einer starken Regierung. Würde sie umfallen in dieser Frage, die einen Tarifbruch darstellt, dann wären die tarifstreuen Gewerkschaften nicht mehr länger in der Lage, die Regierung zu stützen.

Die Kommunisten an der Arbeit.

Mobilisale Betriebsraterversammlungen in Berlin, Spandau und Tegel haben sich für die Unterstützung eines allgemeinen Eisenbahnerstreiks im ganzen Reich durch die Industriearbeiterschaft ausgesprochen. In den Versammlungen zeigte sich eine starke kommunistische Tendenz für neue Putsche und Ausstände.

Die Lage im Rheinland.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Essen sind die Mitglieder des deutschen Eisenbahnerverbandes ausständig. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat sich dem Ausstand nicht angeschlossen und fordert ihre Mitglieder in einem Flugblatt auf, den Dienst weiter zu versehen. Die Gewerkschaft teilt mit: Durch einzelne Betätigungen konnte die Ansicht aufkommen, als habe sich die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner der Streikbewegung offiziell angeschlossen. Dies ist nicht so. Es handelt sich um gefälschte Berichte. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner nimmt zu dem Streik erst dann Stellung, wenn die Verhandlungen mit dem Ministerium abgebrochen werden.

Postverkehr durch Automobile.

Nur noch von und nach Köln verkehren einige Personenzüge, aber in ganz unbestimmten Zeitabständen. Der Postverkehr wird durch Automobile teilweise aufrechterhalten. Gestern früh sind vier Hundertschaften Schuhholzer aus der Umgegend in Köln eingetroffen. In den Betriebswerkstätten Eberfeld-Steinbach ist die technische Nothilfe aufgegeben worden. Der Güterverkehr im Essener Bezirk ruht zum größten Teil, besonders aber die westlichen und südlichen Bahnhofe des Bezirks hinaus, da die Lokomotiven nicht mehr beschafft werden.

Die Entente meldet sich.

Androhung der Mobilisierung der Eisenbahner.

Der Temps meldet: Die interalliierte Rheinlands-Kommission ist angewiesen, bei einer Gefährdung der Kohlenlieferungen an die Entente durch den deutschen Eisenbahnerstreik die Mobilisierung der linksrheinischen Bahnen für die Dauer der Gefährdung durchzuführen.

Die Angelsachsen gegen Frankreich.

Zusammenbruch der Washingtoner Konferenz.

Die U-Bootfrage bedroht die Washingtoner Abrüstungskonferenz mit dem Zusammenbruch. Schuld daran ist das so sehr gerechtigkeits- und friedliebende Frankreich, das neben dem größten Heer der Welt und einer imposanten Flotte von Großkampfschiffen nun auch unbedingt noch eine riesige Flotte von U-Booten haben will. Es ist eine sehr bittere Ironie der Weltgeschichte, sehen zu müssen, daß es keinem der Weltmächte, sehen zu müssen, daß die Unguldigkeit des U-Bootkrieges und auf Abschaffung der U-Boote zu drängen, während gerade sie während des Weltkrieges nicht lästerliche genug finden konnten über den mörderischen U-Bootkrieg, den Deutschland führte. Jetzt, da man diesen Gegner los ist, liegt die Sache natürlich ganz anders, und kein Staat kann angeblich die U-Boote waffen weniger zum Schutz der eigenen Küsten ent-

60.-
en!
Karpfen,
Kale und
Bull, gestreift,
plundwelle.
272.
s!!!
arine
bächen.
mann
abrik
he) sofort
cht.
ten an das
Antritt
Dreher,
er.
d. fetthieren
sendung von
chaft,
iterel sucht
herrei
auer Straße.
wage
aufen gesucht.
Ergeb.,
fsstelle
edensämter-
um Verkauf
r die dortige
ng. — Kleins
Leipzig,